

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Mitbestimmungsrechte achten - in Dialog über Beschäftigungsperspektiven für die Zusteller des Nordkuriers eintreten

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die von Beschäftigten und der Gewerkschaft ver.di erhobenen Vorwürfe im Zusammenhang mit Einstellung des Geschäftsbetriebes bei der Nordkurier Logistik Mecklenburgische Schweiz GmbH vor dem Hintergrund der für Februar 2018 geplanten Betriebsratswahl besorgniserregend sind. Die betriebliche Mitbestimmung ist ein hohes Gut und ein wesentliches Merkmal für eine funktionierende Sozialpartnerschaft. Der Dialog zwischen Arbeitgebern und Betriebsräten dient dazu, Interessengegensätze einer gemeinschaftlichen Lösung zuzuführen. Er sorgt somit für einen Interessenausgleich zum Wohle von Beschäftigten und Unternehmen. Daher gilt es, auch in Mecklenburg-Vorpommern jeglichen Versuchen, die darauf gerichtet sind, die Wahlen und die Arbeit von Betriebsräten zu be- und verhindern, entschlossen entgegenzuwirken.
2. Der Landtag appelliert an die Geschäftsführung der Nordkurier Mediengruppe, bezüglich der künftigen Organisation des Vertriebsgeschäftes im Bereich Mecklenburgische Schweiz in einen Dialog mit der Gewerkschaft ver.di einzutreten, der die Frage der Weiterbeschäftigung aktuell von den Kündigungen betroffener, langjähriger Beschäftigter einschließt. Die Landesregierung und insbesondere das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit werden aufgefordert, sich gegebenenfalls vermittelnd einzuschalten.

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:

Kürzlich wurde bekannt, dass rund 60 Zeitungs- und Postzusteller in der Region Mecklenburgische Schweiz überraschend ihre Kündigung erhalten haben. Viele davon sind seit vielen Jahren bei der Nordkurier Logistik Mecklenburgische Schweiz GmbH beschäftigt. Offiziell werden die Kündigungen mit der Einstellung des Geschäftsbetriebes begründet. Dies zweifeln die betroffenen Beschäftigten jedoch an. Mit Unterstützung der Gewerkschaft ver.di hatten sie die Wahl eines Betriebsrates zu Beginn des Jahres 2018 vorbereitet.